



ASIEN/INDONESIEN - Untätigkeit der Regierung "gefährdet den Pluralismus"

Jakarta (Fides) – Der historische religiöse Pluralismus in Indonesien ist durch die Untätigkeit der Regierung gefährdet, die zulässt, dass radikalislamische Gruppen aktiv werden. Dies betont die Nichtregierungsorganisation "Christian Solidarity Worldwide" (CSW) in einem Bericht, an dessen Erstellung auch der Katholik Benedict Rogers und der Leiter der bischöflichen Kommission für Dialog Pfarrer Benny Susetyo, beteiligt waren. Gefährdet seine vor allem religiöse Minderheiten in Indonesien: Ahmadi, schiitische und sufistische Muslime, Christen (Katholiken und Protestanten), Buddhisten, Hindus, Konfuzianer und Anhänger von Stammesreligionen. "Religiöse Intoleranz, die eins auf einige Regionen beschränkt war, scheint sich nun im ganzen Land breit zu machen", so der Bericht.

Es werden fünf Faktoren dokumentiert, die zum Wachstum religiöser Intoleranz beitragen: die Verbreitung extremistischer Ideologien, die von Kräften aus dem In- und Ausland unterstützt wird; Untätigkeit oder Komplizenschaft der Behörden auf verschiedenen Ebenen; Verabschiedung diskriminierender Gesetze und Bestimmungen; unzulängliche oder fehlende Umsetzung der Gesetze durch Polizei und Richter und damit verbundene Straffreiheit; mangelnder Wille der muslimischen Mehrheit zum öffentlichen Engagement gegen Intoleranz.

"Eine Reihe radikalislamischer Organisationen in der Gesellschaft haben großen Einfluss auf die Politik bekommen. Islamistische Aktionen stellen den traditionellen Pluralismus des Landes in Frage", heißt es in dem Bericht, der in diesem Zusammenhang auch Kritik an den Politikern des Regierungsbündnisses übt, die gemeinsam mit islamistischen Organisationen, wie zum Beispiel die Islamic Defenders Front "die indonesische Gesellschaft mit dem Virus der Intoleranz infizieren". Der Text nennt viele Episoden, die eine solche Tendenz bestätigen und erinnern an „Propaganda, die zu religiösem Hass und Feindseligkeit“ in Medien und sozialen Netzwerken aufruft.

Deshalb appelliert CSW an die Regierung mit der Bitte um "politische Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte, der Religionsfreiheit und des Lebens der Minderheiten". Die Regierung sei „nicht nur nachlässig, sondern werden in manchen Fällen sogar zum aktiven Komplizen“, zum Beispiel durch die Billigung von Bestimmungen und Gesetzen, die diskriminierend sind und gegen die Religionsfreiheit und damit gegen die indonesische Verfassung verstoßen.

Indonesien hat 251 Millionen Einwohner und orientiert sich an den fünf philosophischen Leitprinzipien der so genannten "Pancasila", die der ehemalige Präsident Sukarno bereits 1945 verabschiedet. Insgesamt 86,1 % der Einwohner sind Muslime, 5,7% Protestanten, 3% Katholiken, 1,8% Hindus und 3,4 % Mitglieder anderer Glaubensgemeinschaften, darunter auch Buddhisten und Konfuzianer. (PA) (Fides 26/2/2014)